

1 IA 5

2

3 **Wir bauen unser Land um: sozial, ökologisch, demokratisch, gerecht**

4 **Wieviel Klimaschutz soll die Sozialdemokratie wagen und welche Rolle hat die Sozialdemokratie in** 5 **unserem Land bei der Bewältigung dieser Menschheitsaufgabe?**

6 Im Abschiedsbrief von Willy Brandt an die Sozialistische Internationale heißt es, dass „jede Zeit eigene
7 Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll“. Unsere Zeit
8 gleicht tatsächlich einem Rendezvous mit dem Schicksal. Der von Menschen gemachte Klimawandel
9 verursacht Wetterextreme, Dürren, Überschwemmungen und Orkane. Seit Beginn der Industrialisie-
10 rung ist der Ressourcenverbrauch pro Kopf in den Industrienationen um das Zwanzigfache angestiegen
11 und ist die Weltbevölkerung auf fast acht Milliarden Menschen gewachsen. Der Mensch greift so mas-
12 sive in ökologische, geologische und atmosphärische Prozesse ein, dass Wissenschaftler*innen vom
13 „Anthropozän“ sprechen – dem Zeitalter, in dem sich der Mensch nicht mehr vor den Naturgewalten
14 schützen muss, sondern die Natur dominiert.

15 Die Entbettung der Märkte aus ihren alten Regulierungen bedeutet aber nicht nur mehr Raubbau an
16 der Natur, sondern hat die Wirtschaft krisenanfälliger und das Leben vieler Menschen unsicherer ge-
17 macht. Das 21. Jahrhundert, so steht es in unserem „Hamburger Programm“, wird entweder ein Jahr-
18 hundert erbitterter Verteilungskämpfe und neuer Gewalt oder es wird ein Jahrhundert, das ökologi-
19 sche Verträglichkeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Innovationen miteinander verbindet.
20 Wir stehen an einem Wendepunkt, an dem die Alternative heißt: Entweder kommt es schnell zu grund-
21 legenden sozialen und ökologischen Reformen, oder wir geraten in eine Krise unserer Zivilisation. Ein
22 voranschreitender Klimawandel würde das Auseinanderdriften von Arm und Reich beschleunigen, be-
23 stehende Ungerechtigkeiten verschärfen und neue schaffen – in Deutschland und weltweit. Die öko-
24 logischen und die sozialen Herausforderungen hängen also zusammen.

25 Die Zähmung des Kapitalismus war eine große Leistung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften
26 nach der ersten industriellen Revolution. Dadurch wurden die Möglichkeiten für mehr Wohlstand ge-
27 nutzt. Mit der Globalisierung offener Märkte und der Digitalisierung der Welt einerseits und der De-
28 batte um das Anthropozän andererseits kommen die Grundfragen einer großen Transformation mit
29 großer Wucht zurück. Die Sozialdemokratie muss diesen Prozess sozial und ökologisch gerecht ausge-
30 stalten.

31 Daraus ergibt sich für uns ein klarer Auftrag, das Feld nicht den anderen Parteien zu überlassen, son-
32 dern Antworten aus unserer eigenen Geschichte und Tradition als europäische Fortschrittspartei her-
33 aus zu geben. Es ist die Aufgabe der SPD, die Herausforderungen dieses Umbruchs in einen gesell-
34 schaftlichen Zusammenhang einzuordnen, die tieferliegenden Entwicklungstendenzen zu erkennen
35 und darauf aufbauend unsere Gesellschaft sozial und ökologisch umzubauen. Entscheidend dabei
36 sind die Grenzen der Natur, die nicht durch Wohlstandsentwicklung und -Wachstum überschritten
37 werden sollten.

38 Wenn wir die Transformation richtig gestalten, wird aus ihr eine neue Phase der Prosperität hervorge-
39 hen, die sozial und ökologisch nachhaltig erzeugten Wohlstand für die Vielen bedeutet. Die Politik, die
40 dafür notwendig ist, muss heute anders aussehen als bei der Durchsetzung des Wohlfahrtsstaats. Sie
41 muss neben mehr sozialer Gerechtigkeit auch die Reproduktion der Naturressourcen sicherstellen. Das

42 Ökokapital wird geschützt, wenn der Zuwachs der Ressourcen- und Energieproduktivität dauerhaft
43 über dem wirtschaftlichen Wachstum liegt. Dafür muss die sozial-ökologische Transformation rechtlich,
44 normativ und institutionell in den Modus der Wirtschaftsprozesse eingebaut werden. Denn ein nicht
45 regulierter Markt vernichtet auf Dauer die sozialen und ökologischen Grundlagen, auf denen er basiert.
46 Wir brauchen starke soziale und ökologische Spielregeln für den Markt, um durch soziale und techni-
47 sche Innovationen neue Lösungen hervorzubringen und damit Arbeitsplätze neu zu schaffen oder zu
48 modernisieren und sichere Einkommen und Perspektiven zu eröffnen. Dies erfordert eine Erneuerung
49 der Infrastruktur und Investitionen in die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, so dass so-
50 ziale und ökologische Interessen nicht mehr an den Rand gedrängt werden können, sondern im Zent-
51 rum der Ökonomie stehen. Die Sozialdemokratie muss dabei der Garant für die Sicherheit der Men-
52 schen mit ihren Alltagsorgen, Zukunftsängsten und Hoffnungen sein. Das ist für den gesellschaftlichen
53 Zusammenhalt unverzichtbar. Nur so bauen wir die Brücke zwischen den Errungenschaften des Sozial-
54 staates und den ökologischen Erfordernissen.

55 Der Mensch hat es in der Hand, den Klimawandel zu stoppen und der sozialen Spaltung etwas entge-
56 genzusetzen. Das sind die dringendsten Aufgaben unserer Generation.

57 **Wir haben uns entschieden! Wir wollen den Fortschritt: sozial, ökologisch, demokratisch, gerecht**

58 In den aktuellen Diskussionen um Klimaschutz spiegeln sich die Kontroversen in unserer Gesellschaft.
59 Wir begrüßen das Engagement vieler gerade junger Menschen, die unsere Wirtschaftsordnung hinter-
60 fragen und die sich um die Zukunft Sorgen machen. Es ist unser Anspruch, auch diejenigen einzubinden,
61 die bisher skeptisch gegenüber der Umsetzung der Klimapolitik gewesen sind und diejenigen, die ehr-
62 geizigem Klimaschutz kritisch begegnen, weil sie zum Beispiel konkrete Nachteile wie den Verlust des
63 Arbeitsplatzes, weniger Lebensqualität oder schlicht finanzielle Überforderung befürchten. Auch diese
64 Sorgen müssen wir bei der Ausgestaltung unserer Politik im Auge behalten. Die Eindämmung des Kli-
65 mawandels, die Erfüllung unserer Verpflichtung aus dem Pariser Klimaschutzabkommen ist nichts Abs-
66 traktes. Wir werden die Veränderung erleben; der Wandel zu mehr Klimaschutz heißt auch ein Wandel
67 in unserem Alltag, und zwar für jede(n) von uns. Es geht um mehr als die Anerkennung der planetaren
68 Grenzen, es geht auch um die sozialen Grenzen in unserer Gesellschaft. Wir bauen unser Land so um,
69 dass die sozial-ökologische Transformation unser Zukunftsprojekt für ein besseres Leben wird. Dabei
70 stehen wir an der Seite der Gewerkschaften bei ihrer Forderung nach öffentlichen Investitionen für ein
71 zukunftsfähiges Deutschland.

72 Gerechtere Gesellschaften sind besser – und sie sind stärker bereit, sich für Reformen zu öffnen. Des-
73 halb geht es für uns im Kern um die gerechte Verteilung der Chancen und Risiken, die aus dem ökolo-
74 gischen Wandel entstehen. Die Entscheidung für den Einzelnen darf nicht lauten: eine saubere Umwelt
75 oder ein guter Arbeitsplatz. Sie darf auch nicht lauten: eine Zukunft für die Kinder und Enkel oder Le-
76 bensqualität in der Gegenwart. Dadurch kann die Antwort weder quantitatives Wachstum noch bloße
77 Schrumpfung sein. Dem wirtschaftlichen Wachstum abzuschwören hieße, Krisen, soziale Ungleichheit
78 und gesellschaftliche Zerrüttung zu riskieren. Dagegen zerstört hemmungsloses Streben nach Wachs-
79 tum die Öko-Systeme, von denen das Überleben der Menschheit abhängt. Demgegenüber wollen wir
80 aus dem reinen quantitativen Wachstum eine qualitative Entwicklung machen, die die ökologischen
81 Grenzen anerkennt und für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgt. Wie wollen nicht weniger, sondern
82 anders wirtschaften. Das bedeutet den sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschafts- und Produk-
83 tionsweise. Das passiert nicht von selbst; diesen Weg muss der Staat gestalten – gemeinsamen mit
84 allen Stakeholdern, allen voran den Gewerkschaften. Gelingt dieser Paradigmenwechsel, bedeutet das

85 zukünftigen Wohlstand und mehr Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger. Und es ist die Vo-
86 raussetzung dafür, dass Deutschland eine der führenden Volkswirtschaften in der Welt bleibt.

87 Eine starke Industrie mit vollständigen Wertschöpfungsketten ist zentral für den Wohlstand unserer
88 Gesellschaft. Darum kommt ihr auch eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der zukünftigen Wertschöp-
89 fung zu. Hier liegt die größte Aufgabe: Der nötige Umbau der Wirtschaft verlangt nach einer sozialde-
90 mokratischen Struktur- und Industriepolitik, die Wirtschaftspolitik nicht darauf reduziert, einen Ord-
91 nungsrahmen für den freien Markt zur Verfügung zu stellen, sondern die erforderliche Gestaltung des
92 Transformationsprozesses mit einem modernen Mix aus Ordnungsrecht, finanziellen Anreizen und öf-
93 fentlichen Investitionen ermöglicht. Der Fortschritt, wie wir ihn wollen, erfordert eine neu, sozial-öko-
94 logische industriepolitische Strategie genauso wie massive und dauerhafte Investitionen in die öffent-
95 liche Infrastruktur, eine öffentliche Hand, die bei Löhnen und Arbeitsbedingungen Standards setzt, und
96 sie erfordert die Aufwertung der sozialen Dienstleistungen – denn sie sind die Grundlage für einen
97 funktionierenden Alltag und eine erfolgreiche Wirtschaft.

98 Der Wohlstand unseres Landes beruht auf der Leistung der Arbeitnehmer*innen. Es gilt, den Wandel
99 mit ihnen und ihren Vertretungen zu gestalten. Ihre Erfahrung und ihr Wissen sind essentiell für die
100 Gestaltung der Transformation. Es ist eine sozialdemokratische Kernaufgabe, durch eine aktive Be-
101 schäftigungspolitik für gute Arbeitsplätze in der Zukunft zu sorgen. Das bedeutet die Ausweitung öf-
102 fentlicher Beschäftigung im sozialen Bereich. Es bedeutet: Die Erhöhung des Mindestlohns und Aus-
103 weitung der Tarifbindung und Eindämmung der sachgrundlosen Befristung. Das bedeutet auch: Aus-
104 weitung der Mitbestimmung, damit die Arbeitnehmer*innen und ihre Vertretungen eine starke
105 Stimme und mehr Rechte in der Transformation haben. Es bedeutet die Ermöglichung von Weiterqua-
106 lifizierung in großem Stil, damit die Transformationsfähigkeit der Arbeitnehmer*innen gestärkt wird,
107 und perspektivisch die Verkürzung der Arbeitszeiten, um die zu erwartende Digitalisierungsdividende
108 gerecht zu verteilen.

109 Wir Sozialdemokrat*innen wissen aus unserer Geschichte, dass politische Rechte immer um soziale
110 Rechte und allgemeine Wohlfahrt ergänzt sein müssen. Darum streiten wir für eine qualitativ hoch-
111 wertige materielle und soziale Infrastruktur, eine Kindergrundsicherung, bezahlbare Pflege und bezahl-
112 bares Wohnen und für ein Sozialsystem, das Sicherheit im Wandel schafft.

113

114 **I. Wir haben uns auf den Weg gemacht**

115 Wir wollen einen demokratischen und solidarischen Weg der Klimapolitik gehen. Das heißt auch, Ziel-
116 konflikte zwischen Arbeitsplätzen und Umweltschutz demokratisch zu bearbeiten und zu überwinden.
117 Das im Januar 2019 vorgelegte Ergebnis der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäfti-
118 gung ist ein Erfolg dieses Ansatzes. Es galt, die Interessen der Regionen, der Beschäftigten und der
119 Wirtschaft in Einklang zu bringen, aus „Betroffenen“ Beteiligte zu machen und im direkten und kriti-
120 schen Diskurs miteinander einen gesamtgesellschaftlichen Konsens zu erreichen. Das ist der beste Weg
121 in einer demokratischen Gesellschaft, die großen Herausforderungen vernünftig und sozial zu lösen.
122 Weil alle beteiligten Gruppen konstruktiv gearbeitet und auf Populismus verzichtet haben, ist dieser
123 historische Kompromiss möglich geworden. Dieser Politikansatz, der alle Akteur*innen an einen Tisch
124 bringt, ist auch im Bereich der Automobilindustrie notwendig, da dieser Sektor sich in einem Umbruch
125 befindet. Auch für weitere Sektoren, die vor großen Herausforderungen der Dekarbonisierung stehen
126 und von einer großen Akteursvielfalt und unterschiedlichen Interessen geprägt sind, wie der Wärme-
127 sektor und die Industrie, kann dieser Politikansatz vielversprechend sein.

128 Im Herbst 2019 haben wir in der Bundesregierung ein Klimaschutzpaket beschlossen, um den sozial-
129 ökologischen Umbau zu beschleunigen und die Klimaziele von Paris zu erfüllen. Gegen großen Wider-
130 stand konnten wir den Einstieg in die CO₂-Bepreisung für den Verkehrs- und Wärmesektor etablieren.
131 Zentral für uns war die Tatsache, dass der Preis nach einem klaren Pfad ansteigt, auf den sich alle
132 einstellen können und der somit Planungssicherheit schafft, und dass es für die so verursachten Kosten
133 einen sozialen Ausgleich gibt.

134 Wir sind nicht taub für die Kritik an diesem Kompromiss: Wenn das Vereinbarte nicht die gewünschten
135 Effekte hat, werden wir nachsteuern. Allerdings: Dem Ausstoß klimaschädlichen Kohlenstoffs einen
136 Preis zu geben ist wichtig, aber kein Allheilmittel gegen den Klimawandel. Zu wirksamer Klimapolitik
137 gehört vor allem ein Mix aus aktiver sozial-ökologischer Wirtschafts- und Industriepolitik, öffentlichen
138 Investitionen in nachhaltige technologische Innovationen und Infrastrukturen, Ordnungsrecht und An-
139 reizen, wie wir sie in einem ersten großen Schritt im Klimaschutzpaket vereinbart haben; dazu gehören
140 Investitionen in Höhe von 54 Milliarden Euro bis 2023 – z.B. in den Ausbau des Elektroladesäulennetzes,
141 die Förderung von E-Autos und klimaschonende Heizungen, den Schienenausbau etc.

142 Der Kern des Klimaschutzpaketes ist das Klimaschutzgesetz. Es legt klare Verantwortlichkeiten fest,
143 welcher Sektor und somit auch welches Ministerium was zu tun hat, um die Klimaziele zu erreichen.
144 Ein unabhängiges Gremium kontrolliert jährlich, ob die Sektoren jeweils noch auf dem Zielerreichungs-
145 kurs sind und überprüft auch die sozialen und ökonomischen Wechselwirkungen. Wenn ein Bereich
146 (z.B. Verkehr oder Gebäude) seine Zielvorgaben nicht einhält, muss das zuständige Ministerium zügig
147 Maßnahmen zum Nachsteuern vorlegen.

148 **So ist das Klimapakete auch nicht Endpunkt, sondern Ausgangspunkt einer neuen Phase des sozial-
149 ökologischen Umbaus.**

150

151 **II. Handlungsfelder**

152 **1. Die Energiewende vollenden**

153 Wir werden die Energiewende fortsetzen und in allen Sektoren – **Strom, Wärme, Mobilität, Industrie
154 und Landwirtschaft** - vollenden. Wir wollen dabei nicht nur die Infrastruktur für die erneuerbaren
155 Energien massiv ausbauen und ihre Förderung intelligenter machen, sondern auch die Effizienzsteige-
156 rung in allen Sektoren wie den Einsatz nachhaltiger Technologien vorantreiben. Dadurch kann die
157 Emissionsminderung schneller als das wirtschaftliche Wachstum erfolgen und somit zu einer absoluten
158 Senkung des Energieverbrauchs führen. Zur Energiewende gehören auch die Stärkung und teilweise
159 Rekommunalisierung der Stadtwerke und eine weitergehende Dezentralisierung der Energieangebote.

160 Ohne die Energiewende im Stromsektor werden wir weder eine nachhaltige Mobilität noch eine nach-
161 haltige Wirtschaft erreichen, denn in diesen und weiteren Bereichen werden wir in hohem Maße er-
162 neuerbaren Strom sowie erneuerbare Wärme brauchen und direkt oder indirekt nutzen. Elektroautos,
163 die Strom aus fossilen Energiequellen nutzen, sind kein nachhaltiger Beitrag zum Klimaschutz. Die Er-
164 zeugung von Wasserstoff ist nur eine langfristig nachhaltige Alternative, wenn der Strom für die Was-
165 serstoffproduktion aus erneuerbaren Energien stammt. Eine Umstellung vieler Industrieprozesse auf
166 Strom z.B. in Hochtemperaturverfahren macht nur klimapolitisch Sinn, wenn der Strom fossilfrei ist.

167 Der Weg hin zur vollständigen Umstellung auf erneuerbare Energien in 2050 wird ein **Kraftakt**, er bietet
168 aber auch Chancen für innovative neue Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung. Wir müssen ihn

169 auf allen Ebenen angehen: **im Bund, in den Ländern und den Kommunen**. Die Vollendung der Ener-
170 giewende braucht ein gesamtgesellschaftliches Bündnis, einen Zukunftspakt, der das regional Mögli-
171 che mit dem national Notwendigen und dem auf europäischer Ebene Sinnvollen zusammendenkt.

172 Kern der Dekarbonisierung des Stromsektors ist der Kohleausstieg. Um den Kohleausstieg so durchzu-
173 führen, wie ihn die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung vorgeschlagen hat,
174 muss der **Anteil der erneuerbaren Energien auf 65 Prozent** am Bruttostromverbrauch bis 2030 erhöht
175 werden. Dafür ist eine massive Beschleunigung des Ausbaus von EE-Anlagen notwendig; ebenso not-
176 wendig ist es, den stockenden Netzausbau zügig in den Griff zu bekommen. Unser Ziel bis 2050 ist die
177 Vollversorgung mit erneuerbaren Energien.

178 Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 haben wir bereits einige Maßnahmen festgeschrieben, die jetzt
179 ebenfalls zügig umgesetzt werden müssen. So wird die bisherige **Beschränkung bei der Photovoltaik**
180 **(PV-Deckel) entfallen**. Überfällig war auch die verabredete Anhebung des Deckels für Offshore-Wind.
181 Gegen das dramatische Einbrechen der Windkraft an Land müssen wir aber deutlich mehr tun. Es droht
182 gerade das Aus der heimischen Windenergie. Eine Branche, in der Deutschland Innovationsführer ist,
183 droht gerade, an dem Rand gedrängt zu werden. Das birgt Gefahren für die Klimabilanz, Gefahren für
184 Arbeitsplätze vor Ort, aber auch für das Vertrauen in die Fähigkeit der Politik die Energiewende zu
185 vollenden. Hier müssen wir die Trendumkehr schaffen. Wir müssen uns selbstkritisch mit den Refor-
186 men aus der vergangenen Legislaturperiode beschäftigen und wir brauchen ein schnell wirkendes Maß-
187 nahmenbündel, das unter anderem die stockende Genehmigungsvergabe für Windenergie wieder be-
188 schleunigt und den deutschen Markt wiederbelebt. Die Akzeptanz der Windenergie ist in Deutschland
189 ungebrochen hoch: Mehr als 82% wünschen sich einen deutlichen Ausbau, und selbst von den Men-
190 schen, die in der Nähe von Windrädern leben, haben acht von zehn Bürger*innen keinerlei Bedenken
191 gegen die Anlagen. Dies zeigt: Die Windenergie hat kein Akzeptanzproblem in der Bevölkerung, son-
192 dern in Teilen der Union.

193 Der fehlende Zubau von Windenergie bleibt nicht ohne Folgen; unser Ziel von 65% Anteil der Erneuer-
194 baren Energien bis 2030 ist ohne massiven Zubau von Windenergie nicht zu schaffen. Wir brauchen
195 einen gesetzlich verbindlichen Zubaupfad für Onshore-Wind von 5 GW jährlich. Für die nächsten bei-
196 den Jahre brauchen wir Sonderausschreibungen, um das Delta der letzten Jahre aufzuholen. Die Ein-
197 speisevergütung sollte dafür auf derzeit 6,2 ct/kWh für zwei Jahre eingefroren werden. Die vorüber-
198 gehende Beschränkung des Windenergieausbaus an Land im sogenannten Netzausbaubereich muss
199 wegfallen.

- 200 - Mindestabstände für Windenergieanlagen an Land zur Wohnbebauung, aber auch andere Ab-
201 standsregelungen wie z.B. zu Navigationsanlagen für Flugsicherheit müssen so ausgestaltet
202 sein, dass sie technisch und rechtlich herleitbar sind und die Erreichung des 65 Prozent-Ziels
203 für Erneuerbare Energien nicht gefährdet wird. Ansonsten werden wir in den Ländern die Öff-
204 nungsklauseln nutzen, um beim Ausbau voran zu kommen.
- 205 - Naturschutzrechtliche Vorgaben müssen unter Einbeziehung von Interessenverbänden auf
206 wissenschaftlicher Basis standardisiert werden. Unternehmen und Behörden benötigen im ge-
207 setzlichen Vollzug einheitliche, klare, praktikable Vorgaben zum Umgang mit den komplexen
208 artenschutzrechtlichen Vorgaben.
- 209 - Wir müssen sicherstellen, dass Standorte, an denen alte Windenergieanlagen ertragreich und
210 akzeptiert sind, auch ertüchtigt werden können. Hier müssen (Ausnahme-)Regelungen ge-

211 schaffen werden, damit akzeptierte und ertragreiche Standorte auch weiterhin genutzt wer-
212 den können. Die Konsequenz wäre andernfalls ein drastischer Rückbau an Windkraftanlagen.
213 Damit erwiesen wir der Energiewende einen Bärendienst.
214 - Mit einem Regionalisierungsbonus werden wir der Windenergie auch im Süden zum Durch-
215 bruch verhelfen.

216 Ein Schlüssel liegt für uns in der **Beteiligung der Kommunen**. Erneuerbare Energien in Kommunen brin-
217 gen vielerorts positive Impulse für die Menschen in den Kommunen. Wir wollen die **Stärkung der Bür-**
218 **gerenergie vor Ort** – durch Formen, bei denen Bürgerinnen und Bürger vor Ort etwa als Genossen-
219 schaften gemeinsam das Ziel einer dezentralen und ökologischen Energieversorgung verfolgen.

220 Dort wo viel Windkraft zur Realisierung der Energiewende erzeugt wird, muss Beteiligung auf ver-
221 schiedenen Ebenen erfolgen. Wir wollen, dass Geld direkt an die Kommunen fließt, sozusagen ein
222 kommunaler Windbonus. Insbesondere bei Kommunen, die von der Möglichkeit Gebrauch machen,
223 die Abstände zu unterschreiten, muss sich das im Haushalt spiegeln. Zu Denken wäre an eine Konzes-
224 sionsabgabe, wie es die Energiewirtschaft bereits in anderen Systemen kennt, oder an vergünstigte
225 Stromtarife für Anlieger und Nachbarn. Die Windenergie ist und bleibt Teil kommunaler Wertschöp-
226 fung

227

228 **Was wir darüber hinaus erreichen wollen:**

229 • Wir werden dafür sorgen, dass bis 2030 geeignete Dachflächen aller öffentlichen Gebäude und
230 Liegenschaften zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Solar- oder Windenergie genutzt werden.

231 • Wir werden die Mieterstromregelungen verbessern und bürokratische Hürden abbauen.

232 • Wir werden den Netzausbau beschleunigen, unsere Stromnetze intelligenter machen und
233 Speicherkapazitäten ausbauen.

234 • Jeder Betrieb und jedes Unternehmen, das seine Produktion effizienter gestalten und auf er-
235 neuerbare Energien umstellen möchte, darf dies nicht mit Wettbewerbsnachteilen erkaufen müssen.
236 Hierfür müssen wir unser System aus Steuern, Abgaben und Umlagen noch konsequenter an Klima-
237 schutz, Effizienz und den Zielen nachhaltigen Wirtschaftens ausrichten.

238 • Um die Wirtschaftlichkeit von EE-Anlagen zu erhöhen sowie die Wasserstofferzeugung zu unter-
239 stützen wollen wir das aktuelle Ausschreibungsverfahren überprüfen, und ggf. auf Kombinations-
240 ausschreibungen von z.B. Wind- und Wasserstoffanlagen erweitern.

241 • Wir wollen die Rolle der kommunalen Stadtwerke bei der Energiewende stärken.

242 • Auf Landesebene müssen Servicestellen eingerichtet werden, die die Kommunen bei der Regi-
243 onal- und Flächennutzungsplanung rechtlich unterstützen. Bei Bedarf sollten sie den Kommunen bei
244 der Durchführung transparenter Beteiligungs- und Dialogformate frühzeitig behilflich sein.

245 Kurzfristig müssen wir alles daransetzen, Hindernisse im bestehenden Erneuerbare-Energien-Gesetz,
246 Baugesetzbuch und anderen Regelungen zu beseitigen (und keine neuen Hürden aufzubauen). Mittel-
247 langfristig müssen wir auch über eine andere Finanzierung des Ausbaus Erneuerbare Energien nachdenken.

248 Die Energiewende braucht auch eine stärkere Verzahnung von Energie-, Klima-, Struktur-, Industrie-
249 und Arbeitspolitik als bisher. Diese Verzahnung haben wir in der Vergangenheit vernachlässigt, heute

250 und in Zukunft müssen wir diese Bereiche zusammendenken: Energiepolitik ist Klimapolitik ist Struk-
251 turpolitik ist Industriepolitik ist Arbeitspolitik ist Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik. Die Vollen-
252 dung der Energiewende wird damit ein massives Modernisierungsprojekt für ganz Deutschland.

253

254 **2. Industrielle Wertschöpfung und gute Arbeit erhalten**

255 Unser großes Projekt ist die nachhaltige Modernisierung unserer Gesellschaft sowie die **Versöhnung**
256 **von Arbeit und Umwelt**. Dazu gehört, die Infrastruktur unseres Landes zu verbessern, um ökologisch
257 nachhaltiges Verhalten und Prozesse zu unterstützen, die technische Effizienz in allen Bereichen zu
258 steigern, die Kreislauffähigkeit von Produkten und Wertstoffen durch zirkuläre Wertschöpfung zu er-
259 höhen und die Wirtschaft insgesamt auf die kontinuierlich steigende ökologische Modernisierung aus-
260 zurichten, statt in immer kürzeren Abständen die negativen Folgen zu sanieren. Oberstes Ziel ist nicht
261 nur die absolute Entkoppelung des Energie- und Rohstoffverbrauchs vom wirtschaftlichen Wachstum,
262 sondern eine Reduktion der Emission auf null innerhalb von 30 Jahren bei stabiler Wohlstandsentwick-
263 lung. So trägt die Energiewende auch zur sozialen Modernisierung bei. Das größte Beschäftigungs- und
264 Innovationsprogramm unseres Landes ist der Schutz und die Instandsetzung einer intakten Umwelt.
265 Wir schlagen vor, dafür einen Investitionsfonds aufzulegen. Das würde eine hohe Investitionstätigkeit
266 der öffentlichen Hand für die Zukunft garantieren und zugleich privates Kapital für den sozial-ökologi-
267 schen Umbau mobilisieren.

268 Der Transformationsprozess der Industrie in Deutschland muss auf unseren Stärken beruhen und auf-
269 bauen. Die deutsche Industrie hat eine **starke Innovationskraft**, gut verankerte, geschlossene indust-
270 rielle Wertschöpfungsketten und hochqualifizierte Facharbeiter*innen. Wir haben es nun mit einem
271 **doppelten Umbau unserer Industrie** und der industrienahen Dienstleistungen zu tun. Einerseits wer-
272 den sich die Produktpaletten verändern. Zum Beispiel werden Autos mit fossilem Antrieb in nicht allzu
273 ferner Zukunft Geschichte sein, dafür wird es einen erheblichen Bedarf an elektro-, und wasserstoff-
274 basierten Antrieben geben. Und andererseits muss es uns darum gehen, industrielle Prozesse CO₂-arm
275 zu machen. In den energieintensiven Grundstoffindustrien werden z.B. sowohl die Stahl- als auch die
276 Zementherstellungsverfahren sowie die Grundstoffchemie grundlegende technische Veränderungen
277 durchlaufen. Zirkuläre Wertschöpfung in der Industrie ermöglicht nicht nur eine nachhaltige Rohstoff-
278 bewirtschaftung sondern senkt auch die Abhängigkeit von unsicheren globalen Rohstoffmärkten mit
279 oftmals negativen ökologischen Abbaubedingungen. Die Transformation der Produktpalette sowie der
280 Produktionsverfahren sind eine große Chance für die deutsche Industrie, um sich von internationalen
281 Wettbewerbern am Markt abzuheben und Vorreiter auf den internationalen Märkten zu werden (und
282 zu bleiben, wo wir es sind). So ist die Dekarbonisierung der Industrie auch eine der wesentlichen Vo-
283 raussetzungen dafür, dass der Industriestandort Deutschland mit seiner Wertschöpfungstiefe und sei-
284 nen hochqualitativen Arbeitsplätzen langfristig gesichert werden kann. Richtiggemacht, bedeutet De-
285 karbonisierung eben nicht Deindustrialisierung, sondern sichert den Industriestandort für die Zukunft.
286 Deutschland ist ein Industrieland und soll es auch in einer treibhausgasneutralen Welt noch sein.

287 Damit das gelingt, muss der Staat die **Industrie in der Transformation unterstützen** und in die Lage
288 versetzen, **auf CO₂-arme Produktionsmethoden umzusteigen**. Unsere Ingenieur*innen haben die
289 neuen Techniken und die Verfahren häufig mitentwickelt, jetzt gilt es dafür zu sorgen, dass diese Tech-
290 niken auch flächendeckend zum Einsatz kommen. Eine große technische und wirtschaftliche Heraus-
291 forderung besteht darin, Technologien aus der Forschung in der Produktion zu lenken und im großen
292 Stil am Markt zu etablieren. Viele der notwendigen, klimaneutralen Technologien befinden sich in frü-
293 hen Stadien von langen Entwicklungszyklen und sind damit mit erheblichen Entwicklungskosten und

294 Risiken verbunden. Hier muss der Staat stärker als bisher seine industriepolitische Verantwortung
295 übernehmen, Forschungs- und Markteinführungsprogramme entwickeln und Rahmenbedingungen für
296 die Märkte so setzen, dass die emissionsarmen Technologien auch in der Einführungsphase wettbe-
297 werbsfähig sein können. Ein solcher verlässlicher industriepolitischen Rahmen und Kostenteilung ist
298 notwendig, damit die wirtschaftlichen Akteure sich an den Umstieg auf nachhaltige aber zunächst teu-
299 rere und risikohafte Technologien wagen. Dazu gehört, dass wir „carbon leakage“, also die durch CO2-
300 Kosten verursachte Verdrängung wirtschaftlicher Aktivität in weniger umweltfreundliche Standorte,
301 verhindern müssen. Dazu wollen wir einen europäischen WTO-konformen CO2-Grenzausgleich prüfen.
302 Wir werden mit den Gewerkschaften und Industrievertretern im Rahmen unseres Zukunftsinvestiti-
303 onsprogramms einen Plan entwickeln, wie CO2-armen Produktionsverfahren einen Schub geben kön-
304 nen. wir dort hinkommen (z.B. durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten, Förderprogramme für
305 Forschung, Entwicklung sowie Markteinführung, oder Differenzkontrakte). Das gilt für alle energiein-
306 tensiven Industrien, aber insbesondere für die Stahl-, Zement- und Chemiebranchen, da einen Großteil
307 der industriellen Emissionen aus diesen drei Branchen stammen und die Emissionsminderung hier
308 technologisch besonders herausfordernd ist.

309 Deutschland ist ein Industrieland, dessen Wertschöpfung zum Großteil auf der Produktion und dem
310 Export der Produkte *made in Germany* basiert. Dieses Pfund darf durch die Energiewende nicht ins
311 Wanken geraten. Um die Industrie, insbesondere die Schwerindustrie auch bei der Umstellung auf Er-
312 neuerbare Energien zu erhalten, wird Wasserstoff bedeutend sein. Ebenso wichtig sind synthetische
313 Brenn- und Kraftstoffe, die auf der Basis von Wasserstoff hergestellt werden. Mit ihnen können wir
314 aus der Stromwende eine echte Energiewende machen. Da bei der Umwandlung von Erneuerbarem
315 Strom in Wasserstoff und Folgeprodukte erhebliche Energieverluste entstehen und auch Erneuerbare
316 Energien ein knappes Gut sind, müssen wir dafür sorgen, dass diese Kraft-, Brenn- und Grundstoffe
317 dort zum Einsatz kommen, wo eine direkte Stromnutzung nicht möglich ist. Dies betrifft insbesondere
318 den Flugverkehr, die Schifffahrt und die Reduktion industrieller prozessbedingter Emissionen. Damit
319 wir die Potentiale hinsichtlich Klimaschutz, Wirtschaft und sozialer Verantwortung optimal nutzen kön-
320 nen, muss die nationale Wasserstoffstrategie von Beginn an in einen nationalen Masterplan Sektor-
321 kopplung integriert werden, in dem der Ausbau von Strom-, Gas- und Wärmenetzen, von Erneuerbare-
322 Energien-Anlagen, von verschiedenen Speichern und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen aufeinander ab-
323 gestimmt werden. Um Wasserstoffprojekte schnellstmöglich im großtechnischen Maße umzusetzen,
324 bedarf es fairer Marktchancen für grünen Wasserstoff. Dazu brauchen wir unter anderem eine Reform
325 der Steuern und Umlagen im Energiebereich sowie gezielte Marktanreizprogramme.

326 Zur Industrie- und Technologieentwicklung in Deutschland gehört nicht zuletzt die Weiterbildung der
327 Beschäftigten, die gestärkt und aktiv begleitet werden muss. Wir sehen, dass der ökologische Umbau
328 bei vielen Arbeitnehmer*innen Verunsicherung erzeugt oder Ängste weckt. Für sie muss es sichere
329 Häfen im Wandel geben. Das werden wir gemeinsamen mit den Sozialpartnern garantieren. Dazu ge-
330 hört, Lebensleistung anzuerkennen und Übergänge abzusichern.

331 Wir gestalten gemeinsam mit den Unternehmen, den Gewerkschaften und Betriebsräten die Zukunfts-
332 felder der Wirtschaft. Beim ökologischen Umbau der Produktion werden, wenn wir es richtigmachen,
333 viele neue Arbeitsplätze entstehen. Allein im Bereiche der Erneuerbaren Energien können sich die Ar-
334beitsplätze in den nächsten zehn Jahren auf mindestens 500.000 erhöhen. Im Bereich der Umwelt-
335 technik und Ressourceneffizienz sind bereits jetzt 1,5 Millionen Menschen beschäftigt. Wir wollen da-
336 für sorgen, dass die beschäftigungspolitischen Potenziale realisiert werden – durch eine aktive Indust-
337riepolitik, die die Produktion in Deutschland behält. Zudem wollen wir, dass alle die neuen Chancen
338 auf gute Arbeit in zukunftsfesten Branchen ergreifen können. Alle Menschen müssen die Möglichkeit

339 haben, Qualifikationen und Kompetenzen durch lebensbegleitendes Lernen und Weiterbildung zu er-
340 halten, zu erneuern und auszubauen. So schaffen wir es, dass die Arbeitnehmer*innen von heute die
341 Arbeit von morgen machen können. Und wir werden gemeinsam mit den Sozialpartnern sicherstellen,
342 dass neue zukunftsfähige Jobs auch mit guten Arbeitsbedingungen einhergehen.

343 In der Regierung haben wir den Einstieg in eine solidarische Arbeitsversicherung geschafft. Das seit
344 dem 1. Januar 2019 geltende Qualifizierungschancengesetz ist dafür ein Meilenstein, weil es die Wei-
345 terbildungsförderung Beschäftigter verbessert, deren berufliche Tätigkeiten durch Technologien er-
346 setzt oder stark verändert werden. Das Qualifizierungschancengesetz ermöglicht bereits jetzt ein Recht
347 auf Weiterbildungsberatung. Wir werden dieses Beratungsrecht zu einem gesetzlich verankerten
348 Rechtsanspruch auf Weiterbildung ausweiten. Dieses ermöglicht Beschäftigten im Strukturwandel ihre
349 Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Wir wollen das Qualifizierungschancengesetz weiterdenken, um
350 Betriebe, die sich kollektiv aufmachen, neue Geschäftsmodell aufzubauen, noch besser unterstützen
351 zu können.

352 Für diejenigen, deren Jobs durch den technologischen und klimapolitischen Wandel wegfallen, schaf-
353 fen wir darüber hinaus eine Qualifizierungsgarantie. Kern dieser Qualifizierungsgarantie ist der An-
354 spruch auf Umschulung, sofern der Arbeitsplatz wegzufallen droht, gepaart mit der Absicherung durch
355 eine Lohnersatzleistung. Wer sich auf den Weg macht, im Arbeitsleben einen neuen Beruf zu erlernen,
356 soll gefördert und nicht durch Lohneinbußen benachteiligt werden. Dazu gehört auch, dass wir jungen
357 Menschen ohne Berufsabschluss das Recht geben, diesen gefördert nachholen zu können. Den Ver-
358 gleich zwischen verschiedenen Berufsabschlüssen wollen wir vereinfachen. Wenn Beschäftigte keine
359 Perspektive im Unternehmen haben, können sie schon jetzt in eine Transfergesellschaft wechseln und
360 dort Kurzarbeitergeld beziehen. Wir wollen das Transfer-KuG (Transferkurzarbeitergeld) verbessern
361 und insbesondere längere Qualifizierungsmaßnahmen ermöglichen, unabhängig von Alter oder Berufs-
362 abschluss. Das Kurzarbeitergeld wollen wir als effektives Instrument schneller, auch branchenspezi-
363 fisch nutzbar machen, damit es sofort greifen kann, wenn sich abzeichnet, dass sich der Arbeitsmarkt
364 eintrübt.

365

366 **3. Mobil bleiben**

367 Verkehrspolitik ist ein zentrales Gestaltungsfeld einer sozial gerechten Klimapolitik – hier wird die Zu-
368 kunft einer mobilen Gesellschaft verhandelt. Eine Neuordnung der Mobilität, die nicht zu neuen sozi-
369 alen Differenzierungen führt, ist dringend notwendig. Im Zentrum stehen dabei der Ausbau der öffent-
370 lichen Verkehrssysteme und die Verbesserung der Infrastruktur für den nichtmotorisierten Verkehr, in
371 städtischen sowie in ländlichen und kleinstädtischen Räumen. Gerade im Verkehrsbereich ist ein **star-**
372 **ker Staat** notwendig, der mit Milliardeninvestitionen die notwendige neue Infrastruktur bedarfsge-
373 recht zur Verfügung stellt. Es ist die Aufgabe des Staates, technologische und soziale Innovationen zu
374 unterstützen sowie die rechtlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

375 Wo immer es geht, sollte der Güterverkehr auf eigenen Gleisanlagen verlagert werden. Die Digitalisie-
376 rung hilft schon jetzt dabei, die Verkehrsträger zu vernetzen. Klar ist aber auch: **Die Politik muss diesen**
377 **Wandel stärker gestalten.**

378 Die **Bahn** ist ein zentraler Akteur der Verkehrswende. Züge sollen pünktlicher fahren und günstiger und
379 klimaneutral werden. Als Teil des Klimapakets haben wir in der Regierung beschlossen, dass wir die
380 Deutsche Bahn mit vielen Milliarden unterstützen, damit sie mehr in die Elektrifizierung, in die Digita-
381 lisierung und besseren Service im Schienenverkehr investiert kann. Für uns beginnt 2020 die Dekade

382 des Bahnausbaus und der besseren Vernetzung, für Personen- und Güterverkehr. Beschlossen wurde
383 auch, dass die Mehrwertsteuer für Bahntickets gesenkt wird, damit Bahnfahren billiger wird. Gleich-
384 zeitig beenden wir den unfairen Wettbewerb mit dem Luftverkehr und gehen gegen Dumpingpreise
385 beim Fliegen an.

386 Neben dem Ausbau des ÖPNV muss der auch bezahlbar sein. Unsere Idee für die Einführung eines **365**
387 **Euro-Ticket für Busse und Bahnen**, wie sie jetzt zusätzlich in zehn weiteren Städten und Kommunen
388 zur Stärkung der ÖPNV eingeführt wird, darf nicht Modellprojekt bleiben. Ziel sollte sein, dass jede und
389 jeder im Besitz eines „Allround-Abos“ ist, dass die Nutzung aller öffentlichen Nahverkehrs-, Sharing-
390 und Poolingdienste deutschlandweit in jeder Region und Kommune erlaubt. Wir werden daher einen
391 Runden Tisch ÖPNV im Jahr 2020 ins Leben rufen, an dem Bund, Ländern und Kommunen teilnehmen,
392 um gemeinsame Lösungen für eine bessere Infrastruktur und Tarifgestaltung öffentlichen Personen-
393 nahverkehr zu finden.

394 Das Fahrrad – ob konventionell oder elektrisch, mit Anhänger oder als Lastenrad – soll für kurze Stre-
395 cken Verkehrsmittel Nummer eins werden. Radwege sollen darum konsequent ausgebaut und sicherer
396 gemacht werden.

397 Die Zukunft fährt mit erneuerbaren Energien. Wir unterstützen die **Antriebswende** beim Auto und bei
398 Nutzfahrzeugen. Darum muss die alternative Mobilität weiter gefördert werden. Politik wie Industrie
399 stehen gemeinsam in der Verantwortung, die Mobilitätswende zum Erfolg zu machen. Insbesondere
400 im Pkw-Bereich werden batterieelektrische Antriebssysteme dominant werden. Das Vorhandensein
401 einer **flächendeckenden Ladeinfrastruktur** im öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich ist entschei-
402 dend für die Kaufentscheidung der Verbraucherinnen und Verbraucher und um den Anzahl von E-Fahr-
403 zeugen auf den Straßen deutlich zu erhöhen. Der Aufbau der der nötigen Ladeinfrastruktur wird durch
404 den Bund gefördert: Bis 2030 wird der Bau von einer Million öffentlicher Ladepunkte für E-Fahrzeuge
405 finanziell gefördert und flankierend mit regulatorischen Maßnahmen vorangetrieben. Außerdem wird
406 der Kauf von E-Fahrzeugen angekurbelt, indem Kaufprämien für E-Fahrzeuge verlängert und für Autos
407 mit einem Preis unter 40.000 Euro angehoben werden. Davon profitieren Käuferinnen und Käufer, die
408 sich keine großen Autos leisten können. Im Rahmen des Klimapakets haben wir in der Regierung be-
409 schlossen, dass künftig für bei der Kfz-Steuer für Fahrzeuge, die viele Klimagase ausstoßen, mehr ge-
410 zahlt werden als für saubere Autos. Wer große Benziner- oder Diesel-SUVs fährt, wird zukünftig mehr
411 belastet. Besitzerinnen und Besitzer von kleinen, sauberen Fahrzeugen werden damit finanziell be-
412 günstigt. Beim Umstieg auf klimaneutrale Formen der Mobilität achten wir – bei allen Mobilitätsfor-
413 men – darauf, dass wir die Bürgerinnen und Bürger nicht überfordern. Mobilität muss bezahlbar blei-
414 ben. Gleichzeitig müssen wir auch hier in den kommenden Jahren eine ordnungsrechtliche Flankierung
415 der Verkehrswende auf den Weg bringen.

416 Parallel dazu werden wir die Potentiale der Digitalisierung nutzen: Mittels der Digitalisierung können
417 Verkehrsströme besser gelenkt und unterschiedliche Verkehrsangebote – Bahn, Fahrrad, Auto – mit-
418 einander vernetzt und geteilt werden. Nie war es so einfach, Mobilität per Smartphone zu organisieren
419 und zugleich die Umwelt zu entlasten.

420 Wir gehen davon aus, dass aufgrund der technischen Entwicklung und des Ausbaus der Ladeinfrastruk-
421 tur der **Verbrennungsmotor** im Individualverkehr spätestens Mitte der 2030er nicht mehr wettbe-
422 werbsfähig sein wird. Elektro- und Brennstoffzellenautos werden eine ähnliche Reichweite haben, war-
423 tungsärmer und damit auch kostengünstiger im Unterhalt sein. Unsere Automobilindustrie steht des-
424 halb vor großen Herausforderungen, wir werden sie dabei unterstützen.

425 Die Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen verlangen von uns so schnell und effektiv wie möglich
426 zu handeln. Neben der Förderung elektrischer Antriebe ist der Einsatz **alternativer klimaneutraler**
427 **Kraftstoffe** insbesondere im Luft- und Seeverkehr zu forcieren. Denn hier ist voraussichtlich die Batte-
428 riertechnologie keine effektive Alternative, um die CO₂-Emissionen deutlich zu reduzieren. Hier ist eine
429 direkte Nutzung von Elektrizität nur schwer möglich, und da strombasierte flüssige Kraftstoffe auf ab-
430 sehbare Zeit sehr knapp begrenzt sind, ist es sinnvoll sie gezielt in diesen Bereichen einzusetzen.

431 Mobilität muss auch neu organisiert werden. Digitalisierung und neue Mobilitätsdienstleistungen hel-
432 fen Städte zu entlasten und Mobilität auf dem Land zukunftsfähig zu machen. Die Mobilitätswende
433 kann aber nur gelingen, wenn Kommunen die neue Mobilität aktiv gestalten. Wir wollen auszuschlie-
434 ßen, dass neue Mobilitätsdienstleistungen auf Kosten des ÖPNV und zulasten von Beschäftigten aus-
435 gebaut werden. Wir wollen Kommunen in die Lage versetzen, eigene Plattformen und Infrastrukturu-
436 ren aufzubauen, Verkehre zu steuern, Mobilitätsdienstleistungen zu verknüpfen, den Zugang zu Mo-
437 bilität überall und für alle zu gewährleisten und öffentliche Räume im öffentlichen Interesse zu ge-
438 stalten. Die öffentliche Hand muss hier die gestaltende Rolle einnehmen. Klimaschutz, reine Luft und
439 lebenswerte Städte werden nicht durch private Geschäftsmodelle (allein) erreicht.

440

441 **4. Nachhaltiges und bezahlbares Wohnen**

442 Für uns ist nachhaltiges und bezahlbares Wohnen ein Kernanliegen der kommenden Jahrzehnte. Die
443 Strom-, Wärme- und Kälteerzeugung für den Gebäudebereich soll bis zur Mitte des Jahrhunderts ganz
444 aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Um einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu er-
445 reichen, braucht es einen **Mix von Maßnahmen und Instrumenten für den Wärme- und Kälteerzeu-**
446 **gung einerseits und das Wärmemanagement in Gebäuden andererseits.** Dazu gehören mehr Beteili-
447 gungsmöglichkeiten für Kommunen und Bürgergenossenschaften bei der Energieerzeugung, die Besei-
448 tigung von Bürokratie und steuerlichen Hemmnissen bei Installation und Betrieb von Anlagen der Pho-
449 tovoltaik, der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und zur Energie-Speicherung. Zu letzteres gehören auch
450 substanzielle Effizienzsteigerungen durch den Einsatz moderner Bau- und Dämmstoffen, sowohl im
451 Neubau als auch im Bestand, sowie quartiersbezogene Ansätze bei der Gebäudesanierung. Bei allen
452 Maßnahmen achten wir auf Verteilungseffekte und rücken die Sozialverträglichkeit und die Wohnkos-
453 ten ins Zentrum unserer Politik.

454 Mit dem Austausch von alten **Ölheizungen** sinken der CO₂-Ausstoß bei der Wärmeversorgung in Häu-
455 sern wie auch die Heizkosten für Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Mieterinnen und Mieter.
456 Daher fördern wir den Austausch alter Ölheizungen mit einer Prämie von 40% der Kosten, damit Haus-
457 eigentümerinnen und -eigentümer auf klimafreundliches Heizen umstellen. Ab 2026 ist der Einbau
458 neuer Ölheizungen verboten, wenn klimafreundlichere Alternativen verfügbar sind. Um den Umstieg
459 auf klimafreundlichere Technologien zu flankieren, werden CO₂-Emissionen im Bereich Wärme nun
460 auch einen Preis erhalten.

461 Steigende Heizkosten als Folge einer CO₂-Bepreisung führen zu einer finanziellen Belastung der **Mie-**
462 **terinnen und Mieter.** Wir setzen uns deshalb flankierend zur Einführung der CO₂-Bepreisung dafür ein,
463 dass der CO₂-Preiszuschlag nicht vollumfänglich über die Betriebs- oder Heizkosten auf die Mieterin-
464 nen und Mieter umgelegt werden darf, sondern müssen ganz oder zu einem Teil vom Vermieter ge-
465 zahlt werden. Die Mieterinnen und Mieter dürfen nicht im Regen stehen gelassen werden, weil sie
466 keinen Einfluss auf die Heizungsart ihres Wohnhauses und somit auch keine Ausweichmöglichkeiten
467 haben. Zur Vermeidung sozialer Härten bei steigenden Heizkosten werden Bezieherinnen und Bezieher

468 von Wohngeld durch eine Erhöhung des Wohngeldes um 10 Prozent unterstützt werden. Darüber hin-
469 aus sind Änderungen im Mietrecht zu prüfen, die zukünftig die Warmmiete zur Grundlage der Mietge-
470 setzgebung zu machen. Außerdem ist eine Verankerung der energetischen Beschaffenheit des Gebäu-
471 des im Mietspiegel sinnvoll. Dies kann zu zusätzlichen Investitionen in Maßnahmen zur Energieeinspa-
472 rung bei Wohnungen führen und gleichzeitig den Druck auf die Mieterinnen und Mieter reduzieren.

473 Wollen wir die **energetische Gebäudesanierung** ankurbeln, müssen wir die Förderung niedrigschwel-
474 liger und verständlicher gestalten, modernisieren und die Anreizwirkung für Investitionen der Bürge-
475 rinnen und Bürger in Energieeffizienz spürbar verstärken. Um Mieterinnen und Mieter mit niedrigen
476 Einkommen bei der energetischen Gebäudesanierung besonders zu entlasten, wollen wir bei Gebäu-
477 den des sozialen Wohnungsbaus eine höhere Förderquote für energetische Sanierungen einführen.
478 Die Sanierungskosten dürfen im Gegenzug nicht auf die Mieten umgelegt werden.

479 Statt einzelner Leuchtturmprojekte brauchen wir bei Gebäudesanierungen integrierte **quartiersbezo-**
480 **gene Ansätze**. Bei diesem Ansatz ist es nicht das einzelne Gebäude, sondern der räumliche Zusammen-
481 hang im Quartier, der betrachtet wird. Das bedeutet bei den Sanierungen in die Breite zu gehen. Das
482 gilt für die Städte, aber auch für ländliche Räume, in denen Dorfstrukturen zusammengedacht werden
483 müssen. Unser Ziel ist die Förderung einer „grünen“ Infrastruktur mit Maßnahmen wie dem Bau und
484 Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen mit verstärktem Einsatz von solarer Wärme, Geothermie und
485 industrieller Abwärme sowie hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung, dem Bau von Wärme- und
486 Stromspeichern. Insbesondere vor dem Hintergrund des Kohleausstiegs müssen an die bestehenden
487 städtischen Fernwärmenetze wettbewerbsfähige und klimafreundliche Wärmequellen angeschlossen
488 werden. Die dafür notwendigen Investitionen müssen bedarfsgerecht gefördert werden, damit die um-
489 weltfreundliche Fernwärme wettbewerbsfähig bleibt. Für die SPD ist dabei auch die dezentrale, quar-
490 tiersnahe Energieerzeugung sowie die Stärkung von Gemeinden und gemeinwohlorientierte Träger,
491 wie Energiegenossenschaften ein wichtiger Baustein, um die Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu Mit-
492 gestalten und Profiteuren der Energiewende zu machen.

493 Damit die energetische Sanierung von Gebäuden in der Fläche weiter vorankommt, werden wir neben
494 den bestehenden Zuschussförderprogrammen den klimagerechten Umbau von privat genutztem Ei-
495 gentum **steuerlich fördern**. Dabei können Einzelmaßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz
496 und zum Heizen mit erneuerbaren Energien, den Einbau neuer Fenster oder die Dämmung von Dächer
497 und Außenwänden nun mit bis zu 20 Prozent von der Steuerschuld abgezogen werden. Uns war es
498 wichtig, dass davon Gebäudebesitzer aller Einkommensklassen gleichermaßen profitierten.

499

500 **5. Landwirtschaft**

501 Täglich nehmen wir Erzeugnisse der Landwirtschaft zu uns – kein Wunder, dass es fast Jede und Je-
502 den in unserem Land interessiert, wie sie produziert wurden und was darin steckt. In vielen ländli-
503 chen Regionen ist die Landwirtschaft und der ihr vor- und nachgelagerte Bereich nach wie vor ein
504 wichtiger Wirtschaftsfaktor. Zugleich müssen die Landwirte aber mit immer höheren Erwartungen
505 zurechtkommen: Bauern sollen Lebensmittel zu möglichst günstigen Preisen produzieren - für Klima-
506 schutz und Artenvielfalt sollen sie aber auch sorgen. Das geht einher mit mangelnder Wertschätzung
507 für die Leistung für unsere Gesellschaft. Gerade protestierten tausende Bauern in Berlin gegen die
508 Doppelmoral vieler Verbraucher und die fehlende Anerkennung für die geleistete Arbeit. Die Produk-
509 tion von Lebensmitteln ist für uns mehr als nur ein Wirtschaftszweig. Landwirtschaft gehört zu

510 Deutschland, sie hat jahrhundertlang die Identität der ländlichen Räume geprägt und die Arbeit der
511 Landwirtinnen und Landwirte verdient unseren Respekt.

512 Notwendig ist eine Landwirtschaft, die nicht nur hochwertige Lebensmittel erzeugt, sondern gleichzei-
513 tig Rücksicht nimmt auf Umwelt, Biodiversität und Tierwohl. Sie muss die biologische Vielfalt sichern.
514 Wir wollen zu einer bäuerlich-ökologischen und weitgehend solar basierten Agrarkultur kommen. Sie
515 muss aber auch den Landwirt*innen ein Auskommen bieten. Der Schutz und die Nutzung der natürli-
516 chen Lebensräume müssen zusammengeführt werden. Das ist auch ein Beitrag zur **Revitalisierung des**
517 **ländlichen Raums**, ebenso wie die Verbesserung der Infrastruktur in ländlichen Regionen.

518 Insbesondere die letzten beiden Jahre haben sehr deutlich gezeigt, wie verwundbar die Landwirtschaft
519 für **Klimaveränderungen** ist. Lange Dürreperioden haben Ernten genauso geschmälert oder sogar ve-
520 richtet, wie plötzliche Starkregenereignisse. Gleichzeitig trägt die Landwirtschaft aber zu genau diesen
521 Klimaveränderungen selbst bei. Im Jahr 2018 verursachte die Landwirtschaft in Deutschland circa 7,5
522 Prozent der Gesamtemissionen. Laut **Klimaschutzplan** der Bundesregierung müssen die Agrar-Emissi-
523 onen – vor allem Methan, Lachgas und Ammoniak – von rund 70 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent auf 58-
524 61 Mio. Tonnen bis 2030 sinken.

525 Die Politik gibt mit ihren Anforderungen, Verboten und Förderungen den Rahmen vor, in dem die Land-
526 wirtschaft handelt. Eine zentrale Rolle spielt dabei **die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)** der Europäi-
527 schen Union. Die anstehende Reform der GAP und somit eine Reform der Fördermittelverteilung an
528 die Landwirtschaft sollte für eine Neuausrichtung genutzt werden. Die gesamte europäische und nati-
529 onale Agrarförderung muss deutlich dem Allgemeinwohl dienen und klimafreundlicher gestaltet wer-
530 den. Das derzeitige Agrarfördersystem der EU richtet sich nach der Fläche. Dem, der hat, wird also
531 noch zusätzlich gegeben, ohne, dass er Leistungen für die Gesellschaft geben müsste, wie etwa um-
532 welt- und klimaschonendes Wirtschaften, Landschaftspflege oder Tierschutz. Wir lehnen dieses Sys-
533 tem ab und fordern eine Reform nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ und
534 ein neues Anreizsystem, welches der Land- und Forstwirtschaft ermöglicht, betriebswirtschaftlich loh-
535 nend und gleichzeitig klimafreundlich tätig zu sein. Der aktuelle Reformprozess bietet eine wichtige
536 Gelegenheit, dass Agrarsubventionen endlich sinnvoll ausgestaltet werden – nutzen wir sie!

537 Die Landwirtschaft steht gegenwärtig unter **enormem Anpassungsdruck**. Das liegt an den Klimaverän-
538 derungen und der Herausforderung, die eigene Produktionsgrundlage nicht zu gefährden. Das liegt
539 auch an gesteigerten Anforderungen der Konsumentinnen und Konsumenten etwa im Bereich des Ti-
540 erwohls oder des Insektenschutzes. Hinzu kommt ein Preiskampf, dem immer weniger bäuerliche Be-
541 triebe standhalten können. Es muss aber unser Ziel sein, die landwirtschaftlichen Betriebe und damit
542 die regionale Wertschöpfung in den ländlichen Regionen zu erhalten. Wir müssen dafür stärker in den
543 Dialog treten mit allen beteiligten Gruppen und dafür sorgen, dass die Landwirtschaft langfristig sozial
544 und ökologisch ausgestaltet wird. Wir wollen einen neuen Gesellschaftsvertrag für eine Landwirtschaft
545 der Zukunft. Die Landwirtschaft soll ein ganz wichtiger Akteur werden, um effektiv gegen den Klima-
546 wandel vorzugehen.

547 **6. Die internationale Dimension**

548 Unsere Klimapolitik des sozial gerechten Umbaus wird nur erfolgreich sein, wenn sie Nachahmer und
549 Unterstützer findet und alle sich zu den Zielen des **Pariser Abkommens** bekennen. Wir wissen, dass
550 wir eine große Verantwortung tragen. Viele Länder beobachten gespannt, ob und wie es uns gelingt,

551 gleichzeitig aus der Atomenergie und der Kohleverstromung auszustei-
552 gen und wie wir den sozial ge-
553 rechten Umbau schaffen. Als größter Binnenmarkt der Erde, als eines der Zentren der Weltwirtschaft
554 und als politische Union von 27 Ländern hat ganz Europa die Pflicht, voranzugehen. Wir kämpfen im
555 Europäischen Rat dafür, sich zu einem klimaneutralen Europa bis 2050 zu bekennen und das Ziel euro-
556 päisch-gesetzlich fest zu schreiben. Die europäische Investitions- und Innovationspolitik soll an die ge-
557 meinsamen klimapolitischen Herausforderungen angepasst werden; die Investitionsbank EIB auf Kli-
558 maneutralität ausgerichtet werden; und wir wollen uns dafür einsetzen, dass das europäische Beihil-
559 ferecht nicht ein Instrument gegen die Transformation wird, sondern dass staatliche Unterstützung für
Regionen und Branchen in der Transformation beihilferechtlich kompatibel ist.

560 Klimapolitik ist in vielen Bereichen europäisiert – vom Europäischen Emissionshandel über Abgasgrenz-
561 werte für PKWs und LKWs bis zu nachhaltigen Produktstandards. Deshalb setzen wir uns weiter für
562 eine **ambitioniertere EU-Klimapolitik** ein und werden unsere Ratspräsidentschaft im kommenden Jahr
563 dafür nutzen, um Brücken zwischen ehrgeizigeren und bislang skeptischen Ländern zu schlagen. Man-
564 che Länder (und ihre Bevölkerungen) müssen erst noch gewonnen werden und haben gemessen an
565 ihren Wirtschaftsstrukturen ohnehin einen weiteren Weg vor sich. Wir müssen im Sinne einer „just
566 transition“ eine gemeinsame Idee der Klima- und Industriepolitik entwickeln, die auch in diesen Län-
567 dern Unterstützung findet. Wir wollen vor diesem Hintergrund eng mit den Gewerkschaften zusam-
568 menarbeiten, um gute Beispiele und Erfahrungen bei der Gestaltung des Strukturwandels mit unseren
569 internationalen Partnern zu teilen. Gemeinsam mit den anderen Mitgliedsstaaten wollen wir uns auf
570 der internationalen Ebene verstärkt für einen globalen Co2-Preis einsetzen.

571 Wir begrüßen den **European Green Deal** der neuen EU-Kommission, und fordern die EU auf, ambitio-
572 nierter zu werden und bis 2030 mindestens 55 Prozent CO₂ im Vergleich zu 1990 einzusparen, eine
573 gemeinsame CO₂-Bepreisung für die Nicht-Emissionshandelsbereiche einzuführen, die Strukturfonds
574 Veränderungen der „großen Transformation“ abzufedern. Das setzt voraus, dass Deutschland einen
575 höheren Beitrag zur Finanzierung der Europäischen Union – auch nach einem möglichen Brexit – leistet.
576 Wir unterstützen die Bemühungen der EU, den Finanzsektor nachhaltiger zu machen.

577

578 **III. Diese Felder packen wir als nächstes an – unser Aufgabenheft für die programma-** 579 **tische Weiterarbeit**

580 **Anthropozän:** Wir werden eng mit Wissenschaftler*innen und anderen gesellschaftlichen Akteur*in-
581 nen zusammenarbeiten, um intensiver über die Konsequenzen aus der neuen Epoche des Anthro-
582 pozäns zu beraten. Dazu gehören die Neuordnung von Technik und Wirtschaft, das Bildungssystem,
583 die Ausrichtung von Wissenschaft und Forschung und die Überprüfung der normativen und institutio-
584 nellen Regulierungsformen. Dazu gehört auch die Ausweitung der Demokratie und die Förderung einer
585 Kultur, die auf Nachhaltigkeit und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ausgerichtet ist. Das
586 Leitbild ist die Nachhaltigkeit.

587 **Arbeit der Zukunft:** Wir werden, gemeinsam mit den Sozialpartnern, eine Strategie für die Arbeit der
588 Zukunft entwickeln. Dazu gehört, die Felder zukünftiger Arbeit zu beschreiben und die Maßnahmen
589 zur Unterstützung von Weiterbildung und Weiterqualifizierung permanent weiterzuentwickeln – auf
590 Basis der Nationalen Weiterbildungsstrategie und dem „Arbeit von Morgen“-Gesetz, das gerade im
591 Ministerium für Arbeit und Soziales entwickelt wird. Dazu gehört auch die arbeitsnehmerfreundliche
592 Gestaltung der Digitalisierung und die Ausweitung von Tarifbindung und Mitbestimmung in die wach-
593 senden Felder der Plattformarbeit, der IKT- und Kreativbranchen hinein, aber auch der neuen Energien.

594 **Biodiversitätsschutz:** Der Schutz der Natur und der Artenvielfalt sind eine soziale Verpflichtung, die
595 verstärkt werden muss. Diese biologische Schatzkammer ist ein kulturelles Erbe unserer Gesellschaft.
596 Zumal in Zeiten des anthropogenen Klimawandels muss sie gesichert und ausgeweitet werden. Wir
597 wollen deshalb auf einer besseren gesetzlichen Grundlage nicht nur Pflanzen und Tiere, sondern auch
598 Böden, Moore und Wälder besser schützen. Hierzu gehört aber auch eine tiefere Auseinandersetzung
599 mit dem Wettbewerb zwischen verschiedener Zwecken der Flächeninanspruchnahme, z. B. für Strom-
600 erzeugungsanlagen, Infrastruktur für nachhaltige Mobilität, Landwirtschaft, Biomasseproduktion, in-
601 dustrielle Produktionsanlagen und Rekreationsgebiete.

602 **Bruttoinlandsprodukt:** Der vorherrschende Maßstab für wirtschaftliche Stabilität ist das Bruttoin-
603 landsprodukt. Das BIP ist aber ein unzureichender Bewertungsmaßstab. Deshalb greift die SPD den
604 Vorschlag der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität auf, die ein System der
605 neuen Wohlstandsmessung von jeweils drei sozialen, ökonomischen und ökologischen Indikatoren
606 vorschlägt. Auch weitere Debattenbeiträge beispielsweise zum „neuen magischen Viereck“ werden
607 wir aufgreifen.

608 **Demokratie in der Transformation stärken:** Wir wollen die Bürgerbeteiligung stärken und durch in-
609 stitutionelle partizipative Angebote erweitern. In wichtigen Planungs- und Nutzungsfragen werden
610 die Bürgerinnen und Bürger mehr Mitentscheidungsrechte bekommen. Dabei muss es unser An-
611 spruch sein, praktikable Lösungen zu finden und die „not in my backyard“-Praxis einzudämmen. Das
612 Verbandsklägerrecht muss reformiert, darf aber nicht eingeschränkt werden. Die Ballung ökonomi-
613 scher Macht durch Konzentrations- und Monopolisierungsprozesse bedroht nicht nur die Sozialpart-
614 nerschaft, sondern auch die Institutionen der politischen und wirtschaftlichen Demokratie. Dagegen
615 hilft die Ausweitung demokratischer Kontrollmöglichkeiten durch ein zeitgemäßes Monopol- und
616 Kartellrecht und die Förderung alternativer Eigentumsformen wie Mitarbeiterkapitalbeteiligung, öf-
617 fentliche Beteiligungen und Genossenschaften. Im Gegenzug für die aktive staatliche Förderung von
618 Unternehmen werden der Politik Einflussmöglichkeiten zur Durchsetzung hoher sozialer, ökologi-
619 scher und Mitbestimmungsstandards sowie beschäftigungspolitischer Ziele eingeräumt. In den Un-
620 ternehmen müssen die Arbeitnehmer*innen und ihre Vertretungen stärker in die Transformation
621 einbezogen werden – wir wollen mit den Gewerkschaften zusammen Vorschläge für die Ausweitung
622 der Mitbestimmung entwickeln.

623 **Finanzpolitik:** Zur Finanzierung des sozial-ökologischen New Deals braucht es ein Umsteuern in der
624 Steuer- und Haushaltspolitik. Dazu gehört, die steuerpolitische Privilegierung der Reichen zu beenden
625 und ein hohes Niveau von Investitionen auf Dauer zu stellen. Investitionsprogramme müssen so aus-
626 gestaltet sein, dass sie eine Lenkungswirkung für privates Anlagekapital haben (Transformationsfonds).
627 Wir wollen schrittweise zu einer Internalisierung externer Kosten kommen, um den Marktmechani-
628 smus zu verbessern und die ökologischen und sozialen Folgen nicht auf Dritte abzuwälzen. Die Preise
629 müssen die ökologische und soziale Wahrheit sagen. Auch wollen wir Zug um Zug die ökologisch schäd-
630 lichen Subventionen abbauen.

631 **Handelspolitik:** In der internationalen Wirtschafts- und Handelspolitik muss deswegen der Einfluss der
632 demokratischen Institutionen gewahrt sein. Bei internationalen Handelsabkommen müssen die Parla-
633 mente umfassend beteiligt werden. Zugleich müssen wir verhindern, dass im Rahmen der Handelsab-
634 kommen Strukturen institutionalisiert werden, die ein steuer-, arbeitsmarkt- und lohnpolitisches *Race*
635 *to the bottom* ermöglichen. Wir werden internationale Handelsabkommen nur dann unterstützen,
636 wenn sie bestehende soziale und ökologische Standards auf nationaler und europäischer Ebene nicht
637 unterlaufen. Undemokratische Institutionen wie die bei TTIP vorgesehenen Schiedsgerichte wird es

638 mit uns nicht geben. Demokratische und politische Kontroll- und Steuerungsmechanismen dürfen
639 nicht abgegeben, sondern müssen ausgebaut werden.

640 **Nachhaltigkeit:** Weg und Ziel der sozial-ökologischen Transformation ist die Leitidee der nachhaltigen
641 Entwicklung. Wir brauchen ein starkes Nachhaltigkeitsmonitoring. Im Bundestag brauchen wir einen
642 Nachhaltigkeitsausschuss mit vergleichbaren Rechten wie der Haushaltsausschuss. Er muss Gesetze
643 und Verordnungen nach Nachhaltigkeitskriterien bewerten. Flankierend zur Umsetzung der Energie-
644 wende in allen Sektoren wollen wir uns für eine permanente Stakeholder-Kommission einsetzen, wo
645 Zielkonflikte frühzeitig diskutiert und neue Kompromisse gefunden werden können. Eine ehrliche Um-
646 weltpolitik kommt auch nicht an der Wahrheit vorbei, dass es für einige Produkte, in bestimmten Be-
647 reichen und für sehr gutverdienende Schichten, auch zu Mäßigung und solidarischer Rücksichtnahme
648 kommen muss. Nachhaltigkeit wird nur möglich, wenn es nicht nur zu Kreislaufführungen, Effizienz-
649 steigerungen und zu Erneuerbaren Energien kommt, sondern auch zu einer größeren Verteilungsge-
650 rechtigkeit.

651 **Ökologie und Lebensqualität in Stadt und Land:** Der große Umzug hat längst begonnen. Das 21. Jahr-
652 hundert wird ein Jahrhundert der Städte werden. Im Jahr 2050 werden rund zweidrittel der Menschen
653 in Städten leben. In den Ballungsräumen wird sich entscheiden, ob es weltweit zu einer sozial-ökologi-
654 schen Wende kommt. Ist die Stadt dabei, sich mit Investorenmodellen zu Tode zu siegen oder kann
655 sich die europäische Stadt als nachbarschaftlicher und ökologischer Ort erneuern und zu einem welt-
656 weiten Vorbild werden? Für eine lebenswerte Stadt muss es zu einer neuen Synthese zwischen Um-
657 weltschutz und Baukultur kommen, zwischen den unterschiedlichen Verkehrsteilnehmern, zwischen
658 Ver- und Entsorgung. Eine Schlüsselfrage ist der Schutz und die Nutzung des Bodens und die soziale
659 Integrationskraft der Stadt. Zugleich stellt sich aber auch die Frage der Daseinsvorsorge im ländlichen
660 Raum. Gutes Leben in der Stadt und auf dem Land ist unser Anspruch.

661 **Stoffkreisläufe:** Im Rahmen unseres Zukunftsinvestitionsprogramms wollen wir die Rahmenbedingun-
662 gen rund um die Energiewende in allen Sektoren neu sortieren. Der aktuelle Mix aus verschiedenen
663 Steuern, Umlagen und Förderinstrumente soll überprüft und vereinheitlicht werden sowie auf einem
664 neuen Ambitionsniveau erhöht werden. Dabei soll sowohl die Unterstützung der technologieoffenen
665 Forschung und die Markteinführung auf erneuerbarer Energien basierender Technologien oberste Pri-
666 orität haben. Hier spielt der Verzahnung von deutschen und europäischen Initiativen eine wichtige
667 Rolle. Branchenübergreifend sollen Stoffkreisläufe geschlossen werden, was bestehende Wertschöp-
668 fungsketten vielfach verändern und erweitern wird. Nicht naturverträgliche Stoffe müssen möglichst
669 ersetzt und zumindest isoliert geführt werden. Die Chemiepolitik war ein Anfang, der zu REACH geführt
670 hat. Er muss aber ausgeweitet und besser im Umweltrecht verankert werden (Altlasten, Plausibilitäts-
671 prinzip, etc.).

672